



Sozialdemokratische Partei
Kanton Bern



Medienkonferenz vom 21. Oktober 2013

Roland Näf, Präsident SP Kanton Bern, Grossrat

Das Kernkraftwerk Mühleberg verteuert den Strom der BKW – rasche Schliessung wäre günstigste Option

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren

Als direkte Bezüger im Einzugsgebiet der BKW ersuchen Jan Remund und ich die ECom um eine Voruntersuchung betreffend laufende und zu erwartende Energietarife der BKW. Es gibt deutliche Indizien dafür, dass die Stromproduktion in Mühleberg ineffizient ist und dass damit die Berücksichtigung dieser Kosten der Verordnung zum Stromversorgungsgesetz widerspricht.

Wir stellen die Forderung nach einer Voruntersuchung, damit die gebundenen Kunden der BKW vor weiteren unnötigen Preisaufschlägen für alte, unsichere und ineffiziente Atomkraftwerke und deren Nachrüstung geschützt werden. Dabei ist festzuhalten, dass die BKW bis heute nicht den Verzicht auf eine Nachrüstung bekannt gegeben hat.

Die ECom soll rechtlich klären, ob die gebundenen Kunden mit Kosten belastet werden dürfen, die durch den Weiterbetrieb des AKW Mühleberg (KKM) und durch dessen Nachrüstung entstehen, während Elektrizität zu Marktpreisen am offenen Markt für rund die Hälfte der Gestehungskosten des KKM erhältlich ist.

Mühleberg produziert offiziell zu Kosten von 7 Rp/kWh; rechnet man die Altlasten ein, liegen die Vollkosten bei 9 Rp/kWh. Die Nachrüstungen werden den ohnehin teuren Strom aus Mühleberg noch einmal um 2 bis 5 Rp/kWh verteuern. Nach geltendem Recht werden diese Mehrkosten allein auf die Kleinbezüger überwältigt, doch ob dies überhaupt zulässig ist, ist fragwürdig.

Wir wollen verhindern, dass sich die im Quervergleich ohnehin hohen BKW-Endverbraucherpreise für kleine, gebundene Kunden wegen einer unsinnigen Nachrüstung eines überalterten, unsicheren Werks weiter erhöhen.

Die ECom muss insbesondere klären, ob ein altes AKW wie das KKM oder die Anlagen in Beznau noch „effizient“ im Sinne des Gesetzes arbeiten, wie es Artikel 4 Abs.1 der Verordnung zum Stromversorgungsgesetz verlangt. Die Untersuchung von Rudolf Rechsteiner, die von Greenpeace in Auftrag gegeben wurde, zeigt für den Fall des KKM auf,

- a) dass die bereits laufenden Gestehungskosten (Vollkosten) bei korrekter Bilanzierung der Altlasten auf 9,1 Rp/kWh geschätzt werden müssen und damit bereits fast doppelt so hoch liegen, wie der aktuelle Marktpreis an der Swissix im Jahr 2013;
- b) dass bei einem Weiterbetrieb mit Nachrüstungen die Kosten je nach Variante auf 11 bis 15 Rp/kWh ansteigen, und dass diese Zusatzkosten die BKW zusätzlich mit 350 bis 750 Millionen Franken belasten – Kosten, die sich gemessen an den Marktpreisen niemals amortisieren lassen;
- c) dass bei diesen Kalkulationen die spontanen, notwendigen Nachrüstungen, die auf viele AKW-Betreiber seit Fukushima zukommen, noch nicht eingerechnet sind, ebenso wenig die zusätzlichen Stillstandzeiten und die Zunahme der Entsorgungskosten durch zusätzliche radioaktive Abfälle.

Bereits der laufende Betrieb des KKM verteuert die Bezugskosten der festen Kunden im Vergleich zu einem Bezug vom Markt.

Nicht umsonst liegt die BKW heute mit ihren Strompreisen für kleine Kunden im obersten Feld der Schweiz – und dies obschon die BKW über eine Vielzahl von billigen, abgeschriebenen Wasserkraftwerken verfügt. In anderen Versorgungsgebieten, die an denselben Wasserkraftwerken wie die BKW beteiligt sind, können die Energiepreise massgeblich tiefer gehalten werden. Beispiele sind Basel-Stadt oder die Stadt Zürich.

Eine sofortige Schliessung und der Ersatz des Stroms des KKM durch langfristige Bezugsverträge (inkl. Zertifikate für erneuerbare Energien) wäre die sauberste und kostengünstigste Lösung. Damit wäre dann endlich auch der Weg frei, im Kanton Bern die erneuerbaren Energien verstärkt zu nutzen.

Dass die BKW in den nächsten Jahren Altlasten tilgen muss, die durch falsche Kostenangaben und Falschbilanzierungen entstanden sind, ist unvermeidlich. Diese Kosten werden bei einem Weiterbetrieb des KKM nicht kleiner, sondern grösser.

Deshalb lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende; der finanzielle Schaden und die Altlasten in Form von radioaktiven Abfällen sind längst da, daran vermag ein Weiterbetrieb des KKM nichts zu ändern, die Menge der radioaktiven Abfälle wird höchstens noch grösser.